

Niederschrift

zur 37. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 10.01.2013	18:01- 20:02 Uhr	Kiezkom-Begegnungsstätte, W.-Wolkow-Straße 26, 15517 Fürstenwalde

Anwesenheit

Vorsitz

Elke Wagner,

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler, Martin Gollmer, Helga Juraschek, Käthe Radom, Gerold Sachse,

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati, Jürgen Teichmann bis 19.40 Uhr,

SPD-Fraktion

Klaus Runge,

FDP-Fraktion

Petra Schumann,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz,

Sachkundige BürgerInnen

Sebastian Bernhardt, Hans-Joachim Lachmann, Jürgen Lüder,

Verwaltung: Fachbereichsleiter Herr Dr. Wetter, Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung Herr Politz, Fachgruppenleiter Öffentliche Ordnung und Gewerbe Herr Malcher, fürs Protokoll Frau Stein

Gäste: Frau Schreiber für die MOZ, Frau Henschke von der GefAS, Herr Sweet vom Integrationsbeirat kurzzeitig und anfänglich die Gastgeberin der Begegnungsstätte KiezkomFrau Kerle

Abwesend

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Wagner eröffnet um 18.01 Uhr die 37. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind insgesamt 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 36. Sitzung vom 22.11.2012

Die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

Die **Vorsitzende** macht auf folgende Termine aufmerksam:

- Betriebsbesichtigungen und Firmenvorstellungen

26.01.2013, 10.00 Uhr Reuther - Chemie- und Tankanlagenbau

23.02.2013, 10.00 Uhr Hanse-Trading

16.03.2013, 10.00 Uhr Sonnenhandwerker – Photovoltaik und Solarthermie

- Fit für Beteiligung - Workshop für Politik und Verwaltung

26.01.2013, 9.00 Uhr bei der Feuerwehr

- Kranzniederlegung für die Opfer des Nationalsozialismus

27.01.2013, 10.30 Uhr

- nächste Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen

14.02.2013, 18.00 Uhr im Kaiserhof, Raum „Fontane“

TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Vorstellung der Einrichtung (BE: Frau Kerle)

Die **Vorsitzende** dankt für die Einladung des Ausschusses in die Begegnungsstätte und bittet **Frau Kerle** um Vorstellung der Einrichtung.

Die ehrenamtliche Leiterin berichtet über die Tätigkeiten innerhalb und außerhalb der Einrichtung Kiezkomm. Dabei steht das Thema Integration im Vordergrund. Außer Beratung und Begleitung der Migranten spielt auch die Seniorenarbeit eine tragende Rolle. Die Begegnungsstätte bietet eine abwechslungsreiche Freizeitgestaltung wie z. B. Spielenachmittage, Koch- und Nähkurse an, die von den Besuchern gut angenommen wird.

Die Einrichtung selbst hat seit ca. 1 Jahr keinen Träger. Alle Mitarbeiterinnen sind ebenfalls ehrenamtlich tätig. Unterstützung bietet die Lokale Agenda 21. Die Wohnungswirtschaft GmbH stellt die Räumlichkeiten mietfrei zur Verfügung. Jedoch fehlen jährlich ca. 3000 € zur Deckung der Betriebskosten. Frau Kerle bittet die Abgeordneten gemeinsam mit der Verwaltung einen möglichen Zuschuss zu prüfen.

TOP 6.2 Erweiterung der Bestattungsformen und die Entwicklung auf den Friedhöfen der Stadt Fürstenwalde/Spree

Herr Dr. Wetter erinnert daran, dass sich die Verwaltung und der Ausschuss schon seit längerer Zeit mit dem gesellschaftlichen Wandel in der Friedhofskultur beschäftigt. Diesbezüglich wurde die Friedhofssatzung überarbeitet jedoch wegen einer zu erwartenden Gesetzesänderung zurückgestellt.

Die Fachgruppe Öffentliche Ordnung und Gewerbe hat das Thema Erweiterung der Bestattungsformen und die Entwicklung auf den Friedhöfen der Stadt Fürstenwalde/Spree analysiert. Grundlegende Gesichtspunkte und Fragestellungen die sich daraus ergeben haben, werden nun vom **Fachgruppenleiter** erläutert. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 368 Bestattungen, 47 Erd- und 321 Urnenbestattung durchgeführt. 199 Urnenbestattungen erfolgten auf der anonymen Urnenwiese. Die sogenannte „grüne Wiese“ wurde im Jahre 1995/96 eröffnet und musste im vorigen Jahr auf Grund der vollen Belegung geschlossen werden. Gleichzeitig wurde die halbanonyme Wiese am Ende des Hauptfriedhofs eröffnet, die zum jetzigen Zeitpunkt bereits fast zu 1 Drittel belegt ist, dass den aktuellen Trend der Bestattungsformen bestätigt. Im vergangenen Jahr haben 344 Bestattungen auf dem Hauptfriedhof, 15 auf dem Südfriedhof, 1 in Süd-West, 3 in Trebus und 5 in Molkenberg stattgefunden. Somit spielt der Hauptfriedhof mit 87% aller Bestattung die größte Rolle. Im Jahre 2016 wird er 100 Jahre alt.

Durch die in den letzten Jahren bevorzugten Bestattungen auf den Urnenwiesen, entfallen ganze Bereiche an Sarggrabfeldern und somit entstehen brache Flächen im Innenbereich der Friedhöfe, die gepflegt werden müssen. Perspektivisch gesehen erhöht sich somit der finanzielle Aufwand für die Kommune, dass sich wiederum auf die Friedhofsgebührenkalkulation auswirken wird. Die Stadt wird sich somit zu einem teuren Bestattungsstandort entwickeln.

Die Verwaltung wurde beauftragt weitere Bestattungsformen wie Urnengrabsteine und Stelen auf den Friedhöfen der Stadt Fürstenwalde/Spree anzubieten. Herr Malcher stellt die ersten Planungen anhand einer Präsentation vor. Da das Gebäude am Eingang des Hauptfriedhofs einer anderen Nutzung übergeben wurde, müssen die sanitären Anlagen in die Feierhalle verlegt werden. Im Zuge dieser Maßnahme wird auch der Eingangsbereich zum Verwaltungsgebäude neu gestaltet. Dies bietet die Möglichkeit, eine erste Urnenwand in die Wegebeziehung einzubinden. Eine Zweite könnte am Ende des Hauptweges einen würdigen Abschluss des hinteren Friedhofbereiches bilden.

Auf dem Südfriedhof wurden erste Arbeiten (Einbau neuer Fenster) an der Feierhalle vorgenommen. Der Vorbau im Eingangsbereich wird nach dem Winter saniert. Die Begrenzungsmauer zur Friedensstraße ist in einem sehr desolaten Zustand. Da die Standsicherheit gefährdet ist, sind Sanierungsmaßnahmen dringend erforderlich, die jedoch nur schrittweise, wegen möglicher Störung der Totenruhe durchgeführt werden können. Teile der Begrenzungsmauer könnten abgetragen und durch Urnenwände ersetzt werden.

Herr Malcher hat bei seinen Recherchen bisher 4 Unternehmen ausfindig gemacht, die solche Steilen und Urnenwände herstellen und aufbauen. In Ergänzung der gezeigten Beispiele präsentiert er abschließend die Urnenwand auf dem Friedhof in Briesen, die 10 Plätze für jeweils 1 - 3 Urnen bietet. Die Gesamtkosten inklusive der Einfassung hat der Gemeinde ca. 10.000 € gekostet.

Der Fachgruppenleiter macht darauf aufmerksam, dass die Einwohnerzahlen rückgängig sind (aktuell 32.045). Zunächst wird das Angebot der Kolumbarien im Eingangsbereich des Hauptfriedhofs geschaffen. Sollte diese Bestattungsform von den Bürgern gut angenommen werden, kann das Angebot erweitert werden.

Abschließend erläutert Herr Malcher nochmals warum die Friedhofssatzung noch nicht eingebracht werden kann (ich verweise auf TOP der NS der 36. Sitzung vom 22.11.12).

Auf Anfrage von Frau **Radom** zur baulichen Veränderungen in und neben der Feierhalle (Verlegung der Toiletten in die Feierhalle, evt. Hinweisschild WC in Höhe der Urnenwand), versichert Herr **Malcher** das die Toiletten mit Trennwände und Trittschallschutz separiert werden und ihre Bedenken bereits bei der Planung Berücksichtigung gefunden haben.

Herr **Petenati** wünscht, dass die Öffentlichkeit über die aktuellen Entwicklungen auf den Friedhöfen informiert und mit einbezogen wird, wie z. B. Aushänge im Schaukasten. Herr **Malcher** informiert, dass das allgemeine Interesse an dem Thema nur sehr gering ist und verweist auf die geringe Zahl an Besuchern zum bundesweiten „Tag des offenen Friedhofs“, der bereit 2011 und 2012 stattgefunden hat.

Herr **Sachse** schlägt vor, die frei gewordenen Flächen als parkähnliche Anlagen zu definieren und somit die Auswirkungen auf die Gebühren zu verhindern. Der **Fachgruppenleiter** erklärt, dass dies nicht möglich ist, weil schon allein die Parksituation das nicht zulässt und führt dazu beispielhaft den Totensonntag an.

Abschließend dankt die **Vorsitzende** für die Ausführungen und bittet die Verwaltung den Ausschuss über den aktuellen Stand der Friedhofssatzung zu unterrichten.

TOP 6.3 Anträge der Freien Wohlfahrtspflege für das Haushaltsjahr 2013

Herr **Dr. Wetter** leitet den TOP ein.

Trotz Sparzwang im Gesamthaushalt ist es gelungen, die Wohlfahrtspflege als freiwillige Aufgabe in der Verantwortung insgesamt zu erhalten und den Umfang der finanziellen Förderung dem Niveau des Vorjahres anzupassen. Damit ist die Vorraussetzung geschaffen, bewährte Förderschwerpunkte zu erhalten. Die Vorschläge können als eine Art Absicherung einer Grundversorgung im Bereich der sozialen Wohlfahrtspflege beschrieben werden, die der **Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung** jetzt vorstellen wird.

(Den Abgeordneten wird eine Übersicht zur Verfügung gestellt, aus der die institutionellen Förderungen und die Projektförderungen in der Wohlfahrtspflege 2012, die Anträge für 2013 und die vorgeschlagene Bezuschussung für 2013 zu entnehmen sind.)

Daraufhin stellt die Abgeordnete **Fiedler** einen Antrag zur Geschäftsordnung, da das Zahlenmaterial erst jetzt vorgelegt wird und daher keine Vorbereitungszeit auf die Thematik bestanden hat. Herr **Politz** bittet um Verständnis, da die erste Haushaltsabsprache seiner Fachgruppe beim Kämmerer erst am 20.12.12 stattgefunden hat und er selbst am Folgetag seinen Resturlaub bis zum 08.01.13 angetreten hat. Weitere Haushaltsberatungen sind noch erforderlich und bereits terminiert. Mehr Vorbereitungen konnten nicht geleistet werden. Des Weiteren erwähnt er, dass im vergangenen Jahr auf der gleichen Art und Weise verfahren wurde.

Entgegen der Kommunalverfassung schlägt die **Vorsitzende** vor, die Präsentation und Erläuterungen von Herrn Politz abzuwarten und dann über den Antrag zur Geschäftsordnung abzustimmen. Die **Antragstellerin** erklärt sich einverstanden.

Herr **Politz** bittet die Anwesenden unter der Zielgruppe soziale Hilfen und Projekte die Position

Aufwind „Treffpunkt Domgasse“ zu streichen, eine Erläuterung dazu erfolgt später.

Die vorliegende Übersicht zeigt keine großen Änderungen zu der vom vorigen Jahr. Es sind die gleichen Antragsteller, die Höhe der einzelnen Förderungen differieren nur gering. Somit konnten Schwankungen in der Gesamtsumme ausgeglichen werden.

Herr Politz erläutert nun seine detaillierte Präsentation, die in den Sachbereichen Altenhilfe, Behindertenhilfe, soziale Hilfen und Projekte, Selbsthilfe und Beiräte gegliedert sind. Die einzelnen Sachbereiche sind wiederum mit ihren Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen aufgeführt. Der Fachgruppenleiter geht kurz auf den jeweiligen Träger ein, erläutert die Fakten, stellt Einnahmen, Eigenmittel und Ausgaben gegenüber und das daraus resultierende Ergebnis. Dies vergleicht er mit der Höhe des Förderantrags 2013 und informiert die Anwesenden über die Summen, die zunächst im Haushalt 2013 eingeplant sind.

Die **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass es bei der AWO, Förderung der 2 Begegnungsstätten, zahlenmäßige Abweichungen gibt. Daraufhin erläutert Herr **Politz**, dass die Begegnungsstätte in der „Sonnenblume“ auf Grund von baulichen Mängeln aufgegeben werden musste und das Projekt in das MGH II verlagert wurde. Somit fällt der Zuschussbedarf in diesem Jahr geringer aus.

Auf Anfrage der Abgeordneten **Juraschek** sichert Frau **Wagner** zu, dass das gesamte Zahlenwerk im Intranet eingestellt wird.

Zum BSV Seniorenverein Fürstenwalde erläutert Herr **Politz**, dass die Förderung hier zur Sicherung der Raumkosten gedacht ist.

Nach den Erläuterungen zum BdV stellt Frau **Juraschek** einen Vergleich mit einem Verein in den alten Bundesländern an, der die Rückerobering ehemalige Gebiete verfolgt, worauf Herr **Politz** erklärt, dass dies Heimatverbände sind und nicht mit dem BdV, der völkerverbindende Arbeit leistet, zu vergleichen ist.

Die Anfrage von Frau **Fiedler** ob der Verein Positiv im vergangenen Jahr finanzielle Probleme hatte, kann Herr **Politz** verneinen. Auf eine zweite Frage warum der Anteil der Aufwandsentschädigungen zur Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit so hoch ist, teilt er mit, dass dies Entscheidung des Vereins ist.

Zur GefAS geht Herr **Politz** auf das Angebot der individuellen Seniorenbetreuung und Begleitung ein, macht jedoch darauf aufmerksam, dass keine Begegnungsstätte vorhanden ist, die Leistungen auch von Anderen erbracht werden können und entsprechende Einrichtungen und Angebote dafür in Fürstenwalde ausreichend vorhanden sind.

In 2012 wurde über eine einmalige Förderung in Höhe von 3.000 € für die Anschaffung eines Kühlautos entschieden.

Ergänzend fügt Herr Politz an, dass das Zahlenmaterial zur Stellungnahme an die kleine Liga gegeben wurde.

Der **Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung** stellt ein Antrag zur Geschäftsordnung. Er hält die Erläuterungen jeder einzelnen Position für unnötig und zu zeitaufwendig. Er bittet darum, sich nur auf die Abweichungen zum Vorjahr zu konzentrieren.

Herr **Sachse** äußert seine Empörung über die Verfahrensweise und fühlt sich mit dem heute vorgelegten Zahlenmaterial überrollt.

Die **Vorsitzende** bittet die stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses über den vorliegenden Antrag von Herrn Teichmann abzustimmen.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Der **Fachgruppenleiter** macht darauf aufmerksam, dass die Verfahrensweise (Tischvorlage - Übersicht der

Förderungen im Vorjahr, Antrag und Vorschlag 2013) heute, nicht anders wie im Vorjahr ist. Die Verwaltung hat die Ausschussmitglieder über die vorliegenden Anträge informiert und ihren Förderungsvorschlag unterbreitet. Entscheidungen darüber werden erst im Rahmen der Haushaltsdiskussionen getroffen. Er ist der Meinung, da sich zum Vorjahr keine größeren Änderungen ergeben haben, ist die Verfahrensweise durchaus akzeptabel.

Herr **Runge** erinnert an den letzten Ausschuss, bei dem über zwei Tischvorlagen dringend abzustimmen war und bittet zukünftig um bessere Vorbereitung, so dass sich die Abgeordneten rechtzeitig mit dem Zahlenmaterial auseinandersetzen können.

Ergänzend fügt Herr **Apitz** ein, dass doch die Zielgruppen sowie die Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen schon seit Jahren bekannt sind und somit Erläuterungen zu Abweichungen gegenüber dem Vorjahr ausreichend wären.

Er erinnert die Verwaltung daran, dass er schon des Öfteren eine solche Präsentation in der Kulturförderung gewünscht hat.

Auf Anfrage von Frau **Wagner** welche konkreten Abweichungen vorliegen, möchte die Abgeordnete **Radom** wissen, warum die Tafelarbeit der GefAS im Vergleich zum Caritas „Familieninfocafe“ nicht unterstützt wird und wie der Unterhalt für das im vorigen Jahr angeschaffte Kühllauto aufgebracht werden kann. Herr **Politz** merkt dazu an, dass das „Familieninfocafe“ nicht mit der „Fürstenwalder Tafel“ zu vergleichen ist, da das „Familieninfocafe“ in keinem Zusammenhang mit der Arbeit der Tafel steht. Die Förderung für die Anschaffung des Kühllautos war eine einmalige Zuwendung. Zum „Familieninfocafe“ erklärt er, dass sich diese Einrichtung sehr bewährt hat und gut in Anspruch genommen wird. Hier sind die Förderungen von Dritten ausgelaufen. Der entstandene Fehlbedarf kann aus Mitteln die an anderer Stelle (z. B. bei der AWO) frei geworden sind, gedeckt werden.

Frau **Fiedler** bittet um nähere Erläuterungen zum Aufwind „Treffpunkt Domgasse“, worauf der **Fachgruppenleiter** feststellt, dass die zum Beginn der Erläuterungen durchgeführte Streichung des Förderbetrages rückgängig gemacht werden muss. Die Aufwind GmbH wurde gemeinsam vom Wichernheim in Frankfurt (Oder) und den Samariteranstalten gegründet. Die Hauptaufgabe der Gesellschaft besteht in der ambulanten Begleitung und Betreuung von Behinderten, die in einem normalen Wohnumfeld integriert sind. Schon seit einigen Jahren bietet sie Treffpunktarbeit in der Domgasse an. Die Finanzierung erfolgt zum größten Teil durch die Gesellschafter, kann jedoch nicht vollständig abgedeckt werden. Die Verwaltung schlägt hier erstmalig eine Förderung in Höhe von 3000 € zur Deckung der Raumkosten vor.

Die stadtoffenen Weihnachtsfeiern werden schon seit Jahren angeboten. Die Vertreterversammlung schlägt einen Verantwortlichen für die Durchführung vor. Bisher hat die AWO die Aufgabe im Namen der Stadt übernommen. Die Veranstaltungen werden im Seniorenbeirat ausgewertet und abgerechnet. Im vergangenen Jahr wurden die Weihnachtsfeiern auf 2 Veranstaltungen reduziert.

Zur letzten Frage der Abgeordneten bezüglich allgemeine Projektarbeit erklärt Herr Politz, dass dies ein Reservetopf in Höhe von 1000 € ist, um auf Eventualitäten die im laufenden Jahr auftauchen, reagieren zu können.

Zu den stadtoffenen Weihnachtsfeiern fragt Frau **Juraschek** an, warum eine Förderung durch die Stadt erforderlich ist, wenn die Teilnehmer 8,00 € pro Person Eintritt zahlen müssen. Herr **Politz** erklärt, dass die Kosten für Dekoration, Programm, Essen und Saalmiete allein durch die Projektförderung der Stadt nicht abgedeckt werden können. Mit Kosten verbunden ist z. B. auch der Weihnachtsgruß des Bürgermeisters an Senioren, denen eine Teilnahme an den Veranstaltungen nicht möglich ist.

Der sachkundige Bürger **Lüder** schlägt vor, die Position Aufwind „Treffpunkt Domgasse“ der Zielgruppe Behindertenhilfe zuzuordnen. Die Anregung wird von Herrn Politz aufgegriffen.

Frau **Wagner** erinnert an den von Frau Fiedler gestellten Antrag zur Geschäftsordnung und schlägt vor, die Diskussion an dieser Stelle abzubrechen und die Fortsetzung der Erläuterungen zur Förderung in der Wohlfahrtspflege 2013 auf die TO der nächsten Sitzung zu vertagen. Die Vorsitzende ist

über die demokratische Entscheidung der Mitglieder des Ausschusses traurig, da die Wohlfahrtsrichtlinie Wunsch des Ausschusses war und hart erkämpft wurde.

Die nächste Sitzung wird Frau Schumann leiten. Frau Wagner bittet die Anwesenden sich auf den Haushalt 2013 vorzubereiten. Der abschließende Vorschlag auf Durchführung einer Sondersitzung zum Thema Wohlfahrtsanträge findet keinen Zuspruch.

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Der **Fachbereichsleiter Bürgerdienste** informiert, dass die Bewohner aus dem Gebäude in der Küstriner Straße 34 (ehemalige ODU) ausgezogen sind und die Übergabe voraussichtlich am 16.01.2013 an die Wohnungswirtschaft GmbH erfolgt.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Die Abgeordnete **Fiedler** informiert die Anwesenden, dass zwischen den Feiertagen ein Fußballturnier in der Juri-Gagarin-Turnhalle stattgefunden hat und diese in einem katastrophalen Zustand (schmutzig/dreckig und vermüllt) zurückgelassen wurde. Sie bittet die Verwaltung dahingehend bei der Vergabe an die Vereine entsprechend einzugehen.

Frau **Wagner** ist der Sachverhalt bekannt, sie weist darauf hin, dass es für alle Hallen und Plätze Betreiberverträge gibt und somit die Aufsichtspflicht dem Verein obliegt. Sie bittet die Verwaltung, Erfahrungen der Betreiber bei der Vergabe der Sporteinrichtungen zu berücksichtigen, um solchen Vorkommnissen vorzubeugen.

Herr **Lüder** fragt nach, ob der Weg zum Galgenberg neu benannt wurde, worauf die Anwesenden mitteilen, dass dies die Stichstraße zwischen der Garten- und der Frankfurter Straße betraf.

Auf Anfrage der Vorsitzenden liegen keine Informationen der Verwaltung und keine Anfragen der Mitglieder im Ausschuss im nicht öffentlichen Teil vor. Mit Zustimmung der Abgeordneten wird im Anschluss die Niederschrift der 36. Sitzung vom 13.12.2012 zur Abstimmung gebracht.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die Vorsitzende beendet um 20.02 Uhr die 37. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

Die Niederschrift umfasst 7 Seiten.

Elke Wagner

Elke Stein

Vorsitzende

Schriftführerin